

Anti-Baselland-Reflex führte zur Basler Ablehnung der Spitalfusion

Nachanalyse Das Forschungsinstitut GFS Bern hat die Abstimmungsniederlage erforscht. Die Gründe sind vielfältig.

Entweder waren die Basler Sozialdemokraten sehr nahe an den Stimmbürgern dran, oder sie haben massgeblich zur Meinungsbildung beigetragen. Die SP war neben den Privatspitälern die lauteste Gegnerin der gemeinsamen Spitalgruppe von Unispital Basel und Kantonsspital Baselland. Am 10. Februar lehnte das Basler Stimmvolk den Staatsvertrag für das neu zu gründende Universitätsspital Nordwest AG deutlich mit 56 Prozent Nein-Stimmen ab.

Die Nachanalyse, die durch das Forschungsinstitut GFS Bern

durchgeführt wurde, zeigt, welche Argumente die Stimmbürger von einem Nein überzeugten. Da bestand zum einen die Meinung, dass Baselland zu stark von der Fusion profitiert hätte. Zwei Drittel der Befragten waren dieser Ansicht.

Es war die SP, aber nicht nur sie, welche die ungleichen Eigenkapitalverhältnisse der künftigen Spitalgruppe kritisierte. Das ging quer durch alle Parteien. Es war aber die SP, die mitunter deswegen die Fusion ablehnte, während die anderen Parteien die Kröte zu schlucken bereit waren.

Doch viele Stimmbürger folgten nicht den Ja-Parolen ihrer Parteien. Die Forscher sprechen von einer «unheiligen Allianz», weil insbesondere auch bei vielen SVPLern der Anti-Baselland-Reflex spielte.

Was im Bericht zu kurz kommt: In der Vergangenheit waren die Städter für Fusionen zu begeistern. So forcierten einerseits Basler Politiker früher eine Spitalfusion, und – ein Schlüsselmoment – die Basler wollten 2014 beide Halbkantone fusionieren, doch die Baselbieter lehnten ab.

Seither ist die Stimmung gestört. Es folgten gehässige Diskussionen um Theater- und Unisubventionen. Baselland wollte kürzen, die Basler heulten auf. Und schliesslich schenkten die Basler den Landschaftlern 80 Millionen Franken für ihre politische Unterstützung.

Der Gender-Graben

Kurzum: Die Basler Stimmbevölkerung hatte – die Vermutung liegt nahe – ein latentes Misstrauen gegenüber den Landschaftlern. Und so fiel die etwas polemische Verkürzung, wonach

von der Spitalgruppe die Baselbieter primär profitieren würden, auf fruchtbaren Boden. Ein weiterer zentraler Punkt war, dass 55 Prozent der Befragten die Fusion auch wegen der Rechtsform ablehnten. Auch hier verfieng die Kritik der Linken, die vor einer Privatisierung und möglichen Nachteilen für das Personal warnte. Kaum Einfluss hatte hingegen das massive Engagement der Privatspitäler gegen die Spitalfusion. Ihre Kritik, dass die öffentlichen Spitaler auf Kosten der Privaten den Markt dominieren könnten, verfieng nicht.

Interessant ist, dass die Bevölkerung durchaus für zentrale Anliegen der Fusion war: so etwa für die Stärkung der Hochschulmedizin und die Zusammenarbeit mit dem Nachbarkanton. Doch all diese Pro-Argumente setzten sich nicht durch.

Bemerkenswert ist auch das unterschiedliche Stimmverhalten von Mann und Frau: Die Männer waren mit knapp 51 Prozent für die Fusion, während die Frauen zu 60 Prozent ein Nein in die Urne warfen.

Joel Hoffmann

Basler Zeitung, 5. Juni 2019, S. 21